

Berufsbildung muß modernisiert werden

Der Vorstand der CDU Rheinland kritisiert, daß die Bildungsangebote der Berufsschulen mit den modernen Berufsanforderungen nicht mehr Schritt halten.

In einer Diskussion im Landesvorstand stellte Vorsitzender Dieter Pützhofen fest, daß in vielen Fällen Lehrlinge in den Firmen ein Lehrangebot in modernen Techniken vorfinden, mit dem weder die Lehrer an den Berufsschulen noch die technische Ausstattung der Schulen Schritt halten würden. Berufsbilder in technischen und Büroberufen entsprächen häufig nicht mehr den modernen Tatsachen. Der berufliche Alltag, den die Lehrlinge kennenlernten, habe mit der begleitenden Ausbildung in den Schulen vor allem in den berufsbezogenen Fächern nicht mehr viel zu tun. Dieser Zustand sei vor allem deshalb alarmierend, weil damit die beruflichen Chancen der jungen Menschen nach dem Abschluß ihrer Lehrausbildung

deutlich verschlechtert würden. Der rheinische Landesvorstand beauftragte deshalb den Vorsitzenden der Jungen Union Rheinland, Dr. Jürgen Rüttgers, einen Fachkongreß „Berufliche Bildung“ vorzubereiten, der im Juni stattfinden soll.

In der ersten Sitzung des neuen Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen wurde beschlossen, diesen Kongreß als eine gemeinsame Veranstaltung des neuen Landesverbandes weiter auszuarbeiten und durchzuführen.

Dr. Jürgen Rüttgers legte ein erstes Arbeitspapier vor, das die zentralen Fragen aufführt, die bei dem geplanten Kongreß diskutiert werden sollen. Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms wird bei dem Kongreß das Forum „Berufliche Bildung und duales System“ leiten. Einem weiteren Forum „Berufliche Fortbildung, Umschulung und betriebliche Einarbeitung“ wird Heinrich Franke, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, vorstehen.

Chronologie eines Skandals

Die Regierung Rau und die Neue Heimat

Mitte Januar 1986

Bekanntwerden der Verbindlichkeiten der Neuen Heimat gegenüber NRW-Institutionen,
ca. 700 Millionen DM WestLB,
ca. 1 Milliarde DM WFA.

Antrag von CDU und FDP auf gemeinsame Sondersitzung des Finanzausschusses und des Städtebauausschusses.

Termin: 30. Januar 1986.

27. Januar 1986

Bekanntwerden eines Gutachtens des Landesrechnungshofs aus dem April (!) 1985 mit schweren Vorwürfen gegen die WFA wegen angeblicher „Zinsgeschenke“ für Interbau und Neue Heimat.

29. Januar 1986

Gemeinsamer Antrag von CDU und FDP auf Einsetzung eines Untersuchungsaus-

schusses wegen der WFA-Geschäfte mit Interbau und Neue Heimat.

30. Januar 1986

In Sondersitzung verschweigt Minister Zöpel Vorliegen eines OFD-Gemeinnützigkeits-Aberkennungsantrags (seit Oktober 1984 beim Regierungspräsidenten Düsseldorf); er berichtet lediglich über „Prüfungen“ wegen der Ergebnisabführungsverträge (aufgrund eines Bundesverwaltungsgerichtsurteils vom 10. Mai 1985).

31. Januar 1986

Die „Wirtschaftswoche“ berichtet von einem verlorenen Prozeß Zöpels in Sachen Kenntnis der Interbau-Geschäfte.

13. Februar 1986

Erstmals berichtet die „Westfalenpost“ über die bevorstehende Übernahme von 40 000 NH-Wohnungen durch die LEG.

14. Februar 1986

Die „Rheinische Post“ berichtet von NH-Spenden, ca. 360 000 DM allein aus NRW an die Friedrich-Ebert-Stiftung.

15. Februar 1986

In der Sendung „Hier und Heute“ bestätigt NH-Geschäftsführer Goldmann die illegale Spendenpraxis.

18. Februar 1986

CDU beschließt Erweiterung des Untersuchungsauftrags um die Spendenpraxis.

26. Februar 1986

Turnusgemäße Sitzung des Städtebauausschusses. Minister Zöpel erwähnt mit keinem Wort den direkt bevorstehenden Ankauf von NH-Wohnungen durch die LEG.

1. März 1986

„Express“ berichtet: 2 400 NH-Wohnungen sind gekauft.

6. März 1986

Aktuelle NH-Stunde im Landtag (Antrag der FDP). Ankündigung der FDP, durch den Landesrechnungshof den NH-Verkauf überprüfen zu lassen (Ausschußsondersitzung).

7. März 1986

Einsetzen des Untersuchungsausschusses durch den Landtag.

17. März 1986

„Westfalen-Blatt“ veröffentlicht den kompletten OFD-Aberkennungsantrag.

25. März 1986

„Westfalen-Blatt“ berichtet erstmals von Staatsanwaltschaftsvorermittlungen gegen Neue Heimat.

28. März 1986

„Westfalen-Blatt“ deckt auf, daß entgegen den bisherigen Mitteilungen der Verband „Rheinischer Wohnungsunternehmen“ nicht mit der Prüfung des OFD-Antrages befaßt ist, sondern lediglich Fragen zugeleitet bekam. Diese Fragen an den Verband wurden erst in einem Schreiben des **Regierungspräsidenten vom 6. März 1986** formuliert.

5. April 1986

„Rheinische Post“ zitiert den Düsseldorfer Oberstaatsanwalt: Nicht nur die Spendenpraxis der Neuen Heimat ist einer Vorermittlung unterzogen, sondern auch die Geschäftspraktiken zwischen WFA und Neuer Heimat.

Trauung in Uniform von Pfarrerin verweigert

In der evangelischen Kirchengemeinde Duisburg-Neumühl weigerte sich eine Pfarrerin, einen jungen Wehrpflichtigen in Ausgehuniform zu trauen. Die Pastorin Ilse Bonow nahm die Trauung erst vor, als der Bräutigam in Zivilkleidung erschien.

Sie begründete ihre Weigerung damit, daß „man nicht als Soldat, sondern als Mensch heiratet“. Der evangelische Militärbischof Heinz-Georg Binder verurteilte die Weigerung und lud das junge Ehepaar zu Kaffee und Kuchen nach Bonn ein.

Die Berichterstattung in der Kölnischen Rundschau vom 9. April zeigt, daß die Haltung der Duisburger Pfarrerin kein Einzelfall ist. Pastor Martin Giesen aus Mülheim teilte mit, er lehne eine Trauung eines Uniformierten ab. Für ihn sei das Tragen einer Bundeswehruniform gleichbedeutend mit der Absicht, „die Schöpfung zu vernichten“. Pastorin Renate Graffman aus Köln-Bickendorf stellte fest: „Aus unserer Geschichte heraus haben wir Vorbehalte gegenüber Uniformen. Eine Trauung in Uniform würde mir große Probleme machen.“

Laut „Rundschau“ äußerte Pfarrer Dieter Endemann von der Kölner Kreuzkirche: „Für mich bedeutet die Uniform das Symbol des Staates. Somit beinhaltet die Uniform eine gewisse Botschaft, die in der Kirche bei diesem Anlaß nicht gefragt ist.“ Ganz anders sein Kollege Ulrich Hoffmann von der Pauluskirche: „Für mich ist die Bundeswehr eine Institution, die den Frieden sichert. Wenn es in Köln einen Soldaten gibt, dem ein Pfarrer die kirchliche Trauung wegen sei-

ner Uniform verweigerte, soll er zu mir kommen — ich traue ihn.“

Der Kölner Superintendent Heinz Aubel meint, daß junge Menschen heute mit großem Ernst zur kirchlichen Trauung kommen. Man dürfe sie nicht „wegen Kleinigkeiten“ vergraulen.

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises in Duisburg, Reiner A. Terhorst, nahm zu dem Duisburger Vorgang Stellung:

„Ist die evangelische Kirche eigentlich noch eine Volkskirche? Nicht zuletzt die Weigerung der Pfarrerin der ev. Kirchengemeinde Duisburg-Neumühl, einen Wehrpflichtigen in seiner Ausgehuniform zu trauen, läßt diese Frage für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU Duisburg immer akuter werden!“

Durch ihre subjektive Theologie der Beliebbarkeit nahm diese Pfarrerin eine willkürliche Unterteilung in geduldete und nicht geduldete Christen vor. Was sagen eigentlich die Bundeswehr-Seelsorger der evangelischen Kirche zu solch einem skandalös-intoleranten Verhalten?!

Wenn von Teilen der evangelischen Kirche geduldet wird, daß sogenannte Friedensgruppen bei Demonstrationen mit Steinen und Knüppeln werfen, dann muß derselbe Personenkreis zur Kenntnis nehmen, daß es viele junge Leute gibt, die bereitwillig für die freiheitliche Gesellschaftsordnung ihren Friedensdienst in der Bundeswehr leisten und sich ihrer Uniform nicht schämen!

Durch ein Verhalten, wie es die Neumühler Pfarrerin an den Tag gelegt hat, wird die Gemeinde in zwei Lager gespalten und der Entfremdung zur Amtskirche Tür und Tor geöffnet! QUO VADIS?“

Gemeinden sollen Investitionen weiter steigern

Zum jetzt vorgelegten Jahresabschluß 1985 der Gemeinden und zu den kommunalen Investitionen erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und stellvertretende rheinische Landesvorsitzende Dr. Horst Waffenschmidt:

„Die Gemeinden haben 1985 ihre Haushalte mit einem Finanzierungsüberschuß von 894 Mio. DM abgeschlossen. Alle Gemeinden, die eine günstige finanzielle Entwicklung zu verzeichnen haben, sind aufgefordert, im Jahre 1986 ihre Sachinvestitionen, insbesondere ihre Bauinvestitionen zu verstärken. Die Sachinvestitionen 1985 von ca. 30 Mrd. DM haben um 1,2 Mrd. DM zugenommen. Daher haben zahlreiche Gemeinden 1986 mehr Investitionen vorgesehen insbesondere wegen der Erhöhung der Städtebaumittel des Bundes, aber eine weitere Verstärkung ist notwendig und möglich.

Bei der Stadt- und Dorferneuerung und im Umweltschutz stehen noch so viele Aufgaben an, daß dringender Investitionsbedarf gegeben ist. Die Gemeinden sollten dabei auch die günstige Situation

auf dem Kapitalmarkt mit geringen Zinsen nutzen, ferner die zinsgünstigen Kreditangebote der Kreditanstalt für Wiederaufbau und des ERP-Sondervermögens, die um 2,6 Mrd. DM erweitert wurden. Auf diese Weise könnte die Bauwirtschaft besser ausgelastet und Arbeitsplätze in diesem Bereich gesichert werden.

Die Einnahmen im Verwaltungshaushalt ergeben: 124,6 Mrd. DM, die Ausgaben 107,2 Mrd. DM. Damit konnte erneut im Verwaltungshaushalt der Gemeinden ein Überschuß erwirtschaftet werden, und zwar diesmal von rund 17,3 Mrd. DM! Er liegt um 917,6 Mio. DM höher als im Vorjahr. Dies ist für Investitionsmöglichkeiten besonders bedeutsam.

Bei den Gesamtzahlen für die Gemeinden bleibt zu berücksichtigen, daß die Entwicklung in den über 8000 Gemeinden unterschiedlich ist, einigen Gemeinden geht es sehr gut, andere haben Finanznot, meistens ist die regionale wirtschaftliche Entwicklung entscheidend. Die jeweiligen Gemeindefinanzausgleichsgesetze der Länder müssen hier für Ausgleich sorgen.“

Berichte aus der Gründungszeit

Die Redaktion des Deutschen Monatsblattes, Ausgabe Rheinland, bittet weiterhin um Berichte von Gründungsmitgliedern aus den Ortsverbänden.

Anschrift: Konrad-Adenauer-Haus, Georgstraße 18, 5000 Köln 1